

„Privatismus“ (2. Teil)

Auch die **Frankfurter Rundschau (FR)** hat das Problem des „Privatismus“ (siehe Freiwirtschaft Nr. 7 /2004) erkannt. Denn am 19./20. Mai 2004 veröffentlichte sie auf Seite Drei unter der Überschrift „**Im Öffentlichen**“ folgenden Kommentar von **Matthias Arning**:

„Der Londoner dürfte sich mittlerweile daran gewöhnt haben, dass sein Zug für den Weg zur Arbeit seit geraumer Zeit von einer privaten Firma betrieben wird. Premierministerin Maggie Thatcher fand das damals eine gute Idee, die kostenträchtigen Strecken zu verkaufen. Der Hamburger sollte sich inzwischen darauf eingestellt haben, bei Heimspielen wie am kommenden Samstag gegen die Frankfurter Eintracht in die AOL-Arena zu gehen, ein Stadion, benannt nach einem Onlineanbieter. Das hielten die Verantwortlichen des Hamburger Sportvereins für eine gute Idee. Der Neu-Isenburger dürfte noch ein bisschen brauchen, bis er versteht, dass seine Kinder künftig in eine SKE-Schule gehen. Von der Idee, die Schulen im westlichen Teil des hessischen Landkreises Offenbach an diese Privatfirma zu übergeben, sind bislang nur Kommunalpolitiker abseits der Bündnisgrünen fasziniert.

Doch bei aller Begeisterung für Sparprogramme, bei aller Sympathie für das Streben nach Effizienz - die radikale Privatisierung des Öffentlichen erreicht jetzt ihre Grenze. Das müsste Politikern einsichtig zu machen sein, schließlich bewegen sie sich täglich an den Schnittstellen zwischen individuellen Interessen und gemeinsamem Wohl, zwischen Privatheit und Öffentlichkeit. Eine Fläche, die das Terrain der Demokratie absteckt. Und die Stätte der Demokratie heißt Reichstag - und nicht Coca-Cola-Parlament.“

Man darf gespannt sein, ob die FR eines Tages vielleicht auch noch herausfindet, warum in einem staatsunabhängigen Geldsystem immer mehr öffentliche Güter an private Organisationen verkauft werden und warum die Staatsverschuldung dennoch nicht reduziert wird.

Vielleicht entdeckt die FR sogar noch das freiwirtschaftliche Rezept zu der Beseitigung fast aller monetären Missstände in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik.

Dann endlich könnte sich die FR zu Recht als „Unabhängige Tageszeitung“ bezeichnen, was selbstverständlich auch für alle anderen Zeitungen gilt. Denn bisher hat noch keine einzige Zeitung das eigentliche Geldproblem bis auf den Grund durchleuchtet!
Cui bono?